

# Menschenrechte - unsere Verantwortung

## Die Renaissance der Menschenrechtspolitik

Die Achtung und der Schutz unveräußerlicher Menschenrechte stellen eine unverzichtbare Voraussetzung für ein friedliches menschliches Miteinander dar. Vor dem Hintergrund der wachsenden internationalen Vernetzung und Interdependenz gewinnen diese Rechte ein neues Verständnis, eine einheitliche Anwendung und eine wirksame Durchsetzung. Die Bedeutung der Menschenrechte an Bedeutung.

Seit dem Fall der Berliner Mauer und der Auflösung der Ost-West-Bipolarität besteht die Hoffnung auf ein neues Zeitalter des Friedens hat sich indessen nicht erfüllt. Vielmehr haben mit neuen Konflikten auch die Häufigkeit und Schwere von Menschenrechtsverletzungen weltweit zugenommen. Die Exzesse in Bosnien-Herzegowina, Somalia, im Kosovo, in Sierra Leone und Tschetschenien haben uns die unmittelbare Wirkkraft des menschenrechtlichen Schutzregimes auf dramatische Weise vor Augen geführt.

Die aktuellen Erfahrungen belegen, dass Menschenrechtsverletzungen eine ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen. Die internationale Gemeinschaft bleibt deshalb aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Vermeidung und Beendigung von Menschenrechtsverstößen zu forcieren. Als Junge Union Deutschlands verstehen wir es aber auch als einen Teil unserer eigenen ethischen und politischen Verantwortung, die Würde und Freiheit des Einzelnen zu schützen. Wir setzen uns daher für eine Renaissance der Menschenrechtspolitik mit dem Ziel der globalen Durchsetzung der Menschenrechte ein.

## Die universelle Geltung der Menschenrechte

Es bedarf es zunächst eines gemeinsamen Verständnisses vom universellen Charakter der Menschenrechte. Als angeborene und unveräußerliche Rechte können sie weder dem Staat zu- oder aberkannt werden. Der Einzelne hat sie kraft seiner menschlichen Natur und als Ausdruck seiner individuellen Freiheit. Diese ethische Begründung ist universell, von konkreten Lebensordnungen unabhängigen Geltung der

selle Geltung individueller Menschenrechte nicht zu relativieren, auch wenn der Schutz wirtschaftliche und soziale Mindeststandards voraussetzen mag

universellen Anspruch der Menschenrechte können auch kulturelle oder regionale Unterschiede nicht entgegengehalten werden. Eine Differenzierung nach der Kultur dient nicht selten als bloßer Vorwand zur Bagatellisierung von Menschenrechten und als Instrument autoritärer Regime zur Sicherung politischer Interessen. Demgegenüber zeichnen sich die individuellen Menschenrechte gerade durch ihre universelle Anwendbarkeit aus. Universalität bedeutet dabei nicht Uniformität, sondern dass der Menschenrechtsschutz jenseits eines Kernbestands unterschiedliche Formen der Gewährleistungen von Menschenrechten der ersten Generation anerkennen und fördern kann, so dass kulturellen Eigenheiten und religiösen Traditionen Rechnung getragen werden kann.

Die Harmonisierung zwischen den Kulturen bedarf es einer konsequenten Anwendung einheitlicher Maßstäbe. Dabei müssen die Industriestaaten die kulturelle Eigenständigkeit der Entwicklungsländer berücksichtigen und den Anschein vermeiden, menschenrechtliche Forderungen zur Erhaltung wirtschaftlicher Hegemonie zu missbrauchen. Insofern ist es notwendig, sich eine nur selektive Offenlegung und Sanktionierung von Menschenrechten zu leisten. Den Entwicklungsländern kommt die Aufgabe zu, durch die Beachtung äußerlicher Menschenrechte ihre kulturelle Emanzipation zu unterstreichen und die Grundlage für gesellschaftliche und ökonomische Prosperität zu legen.

### **Die wertgebundene Interessenpolitik**

In dieser Weise muss die internationale Gemeinschaft die Menschenrechte als ein solches Wertefundament zur Grundlage ihrer gegenseitigen Beziehungen machen. In diesem Zusammenhang kommt es darauf an, dass die Achtung und der Schutz der Menschenrechte nicht in Zielkonflikt mit der Verfolgung wirtschaftlicher und politischer Anliegen geraten. Die Wirksamkeit erlangen. Interessenpolitik muss demnach wertgebunden sein.

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, dass die Effektivität des Menschenrechtsschutzes zunehmend vom Verhalten der Marktteilnehmer beeinflusst wird, die im Wettbewerb um die Nutzung von Spielräumen sich mit dem Ausbau globaler Wirtschaftsstrukturen erwehren. In der Europäischen Union Deutschlands erachtet es deshalb als eine wesentliche Aufgabe

Verbrauchern erleichtert, mit ihrem Konsumverhalten über die Beachtung Menschenrechten mitzuentcheiden.

International operierende Unternehmen sind darüber hinaus aufgefordert, den Menschenrechte in ihr Unternehmensleitbild zu integrieren und im Wege der Selbstverpflichtung in einem Verhaltenskodex zu konkretisieren, der einer verbindlichen Orientierung und dessen Einhaltung einer regelmäßigen internen und möglicherweise einer unabhängigen externen Kontrolle bedarf. Die Junge Union regt entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, um Unternehmen, die Menschenrechtsverletzungen ihrer Mitarbeiter veranlassen oder dulden, als juristische Personen auch rechtlich zur Verantwortung ziehen zu können.

Im Bereich zwischenstaatlichen Beziehungen muss der Schutz der Menschenrechte ein wesentlicher Bestandteil der Außenwirtschaftspolitik werden. Diese darf somit nicht nur auf die Selbstheilungskräfte des Marktes auf eine Türöffnerfunktion beschränkt werden. Das Bestreben, heimische Arbeitsplätze zu erhalten und neue Absatzmärkte zu erschließen, darf nicht zu einer systematischen Menschenrechtsfeindlicher Regime degenerieren. Die Außenwirtschaftsförderung darf nicht von der Verantwortung für die daraus erwachsenden Konsequenzen für die Menschenrechtssituation vor Ort und muss deshalb an eine Menschenrechtspolitik gekoppelt werden. Darüber hinaus fordert die Junge Union die Erarbeitung und regelmäßige Aktualisierung von Menschenrechtsbilanzen als Grundlage für die Bewertung der Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik.

## **Die „Souveränität des Individuums“ als Grenze staatlicher Souveränität**

Die fortschreitende ökonomische Globalisierung verlangt nach politischen Rahmenbedingungen, mit deren Hilfe die auf der Würde und Freiheit des Einzelnen beruhende Integrität der Menschenrechte gewährleistet werden kann. Es geht darum, die Idee der Souveränität von Staaten eine „Souveränität des Individuums“ als rechtliche Grundlage für die Ausübung der Menschenrechte zu etablieren und im Wege multilateraler Zusammenarbeit durchzusetzen. Nach Ansicht der Jungen Union Deutschlands müssen die Prinzipien der Souveränität statt Opportunismus und Berechenbarkeit statt Beliebigkeit die Maxime internationalen Menschenrechtsschutzes werden.

isselfaktor anzusehen, um eine selbsttragende Entwicklung hin zu demokrati-  
 onen und einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu ermöglichen. Die  
 rn wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und damit die Schaffung von L  
 ungen, in denen Menschenrechte geachtet und geschützt werden.

von Menschenrechtsverletzungen kann bisweilen am besten im Wege  
 atie geholfen werden. Diese stößt jedoch gerade dort auf Grenzen, wo v  
 Strukturen in einem Staat die Missachtung von Menschenrechten begüns  
 ondere wenn ein geringer Demokratisierungsgrad mit militärischer Stärk  
 raftlicher Schwäche zusammentrifft. Auch das Instrument des „kritische  
 iewirkt häufig keinen ausreichenden externen Druck. Im außenpolitischen  
 s zudem Gefahr, zum belanglosen Ritual zu erstarren oder gar zu eine  
 igenden Hinnahme von Menschenrechtsverstößen zu mutieren.

inge Union tritt deshalb dafür ein, im Regelfall durch offenen Protest di  
 amkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Verletzung von Mensche  
 richten und so zu verhindern, dass sie fortgesetzt werden und sanktionslc  
 Im Publizität herzustellen, müssen die bestehenden Berichtsverfahren irr  
 er UN frühzeitig in Gang gesetzt und die Gremien weiterer multilateraler Ir  
 r Organisationen, insbesondere der OSZE und des Europarates, befass  
 Die Europäische Union ist aufgefordert, im Rahmen ihrer Gemeinsamen A  
 cherheitspolitik eine gemeinsame Strategie zum Schutz der Menschenrech  
 ießen, um ein einheitliches und wirksames Handeln der Union sicherzus  
 :hweren oder andauernden Menschenrechtsverstößen muss die interna  
 ngemeinschaft ihrer Entschlossenheit auch durch Zwangsmaßnahmen wi  
 lation des Verletzers Nachdruck verleihen.

llerdings, wo zivile Konfliktprävention versagt, ist militärische Krisenreakti  
 Dabei muss die Anwendung von Gewalt auf die im Rahmen und nach de  
 er Vereinten Nationen beschlossenen militärischen Zwangsmaßnahmen be  
 n. Der Sicherheitsrat erweist sich zwar bei nicht-internationalen Konflikte  
 nlegung eines Vetos als weithin handlungsunfähig. Gleichwohl dürfen jedc  
 ire Interventionen nicht das UN-Streitbeilegungssystem insgesamt in Frag  
 e sollten vielmehr Anlass sein, die bestehenden Möglichkeiten militärische  
 ung unter dem Dach der Vereinten Nationen zu erweitern. Die Junge Uni

t. Vor diesem Hintergrund stellt die geplante Errichtung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag eine kaum zu unterschätzende Fortentwicklung des Menschenrechtsschutzes dar. Dessen Ergänzung um eine prozessuale Dimension führt nicht nur zu einer Verrechtlichung und damit zu Objektivität und Berechenbarkeit in internationalen Beziehungen bei. Vor allem bringen die Staaten mit der Unterzeichnung unter eine internationale Strafgerichtsbarkeit und dem damit einhergehenden Territorialitätsverzicht zum Ausdruck, dass sie ihr Handeln an der individuellen Freiheit der Einzelnen ausrichten.

### **Ein offener Dialog von unten**

Ein gemeinsamer Verständnishorizont und die Verwirklichung der Menschenrechte im globalen Rahmen zu fördern, ist ein breiter Dialog in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich. Es geht hierbei aber nicht darum, ein „imagined community“ zu beschwören, sondern ethische und politische Verantwortung zu übernehmen. Die Menschenrechte leben vom Willen der Menschen, ihr Leben selbstverantwortlich zu gestalten. Deshalb kann eine Verständigung über ein globales Menschenrechtskonzept nur von unten wachsen. Dazu müssen unterschiedliche Standpunkte offengelegt und im Wege des gegenseitigen Austauschs überbrückt werden. Insofern bieten die wachsende internationale Mobilität, ökonomische Globalisierung und mediale Vernetzung neue Chancen. Sie für die Achtung und den Schutz der Menschenrechte zu nutzen, liegt für die Junge Union Deutschlands in der Verantwortung unserer Generation.

Ausschluss des Bundesvorstandes vom 16.07.2000, Dresden